



Großdemos und ziviler Ungehorsam: Bündnis kündigt Aktionen zu den Koalitionsverhandlungen an

Berlin, 7. Oktober 2021. "Gerechtigkeit Jetzt" fordern ab dem 20. Oktober soziale Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteure auf den Straßen der Hauptstadt. Mit dem Start der Ampel-Sondierungen rufen Fridays for Future, Solidarisch geht anders!, Antira, Extinction Rebellion, Oxfam, Sea-Watch, Deutsche Wohnen & Co. Enteignen, Ende Gelände und mehr als ein Dutzend weitere Organisationen zu mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft auf und sagen: #IhrLasstUnsKeineWahl. Neben Großdemonstrationen sind auch Blockadeaktionen zivilen Ungehorsams sowie eine Konferenz Teil der Aktionstage.

"Ob Mietenwahnsinn, Abschottungspolitik, extreme Ungleichheit oder das Verfehlen des Pariser Klimaschutzabkommens – keine der verhandelnden Parteien bietet Lösungen für die Gerechtigkeitskrisen unserer Zeit. Sie lassen uns keine Wahl: Wir müssen selbst für Veränderung und den notwendigen sozial-ökologischen Umbau sorgen. Deshalb gehen wir in Berlin zu Tausenden auf die Straße und fordern Gerechtigkeit Jetzt!", sagt Bündnissprecherin Ronja Weil.

Auf der Konferenz der Visionen diskutieren Wissenschaftler*innen und Vordenker*innen aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen, wie dieser Umbau hin zu einer gerechten Gesellschaft aussehen kann.

"Die Gerechtigkeitskrisen unserer Zeit sind miteinander verbunden. Folgerichtig tun sich die sozialen Bewegungen von Klimagruppen bis hin zur Seenoithilfe zu den Aktionstagen Ende dieses Monats zusammen", sagt Nora Schareika vom Pressteam von Extinction Rebellion. "Das dramatische Artensterben und der Zusammenbruch ganzer Ökosysteme als Folge der Klimakrise verschärft die sozialen Probleme weltweit."

Bereits die Wahlprogramme der Parteien waren laut unabhängiger Analysen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und dem Konzeptwerk Neue Ökonomie unzureichend. Keines wird der Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze gerecht. Das Bündnis "Gerechtigkeit Jetzt!" kritisiert zudem, dass sich alle an einer möglichen Ampel- oder Jamaika-Koalition beteiligten Parteien gegen den Berliner Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co Enteignen aussprachen. Sie stehen ferner

für eine menschenunwürdige Politik an den europäischen Außengrenzen bei weiterhin überfüllten Lagern.

Bündnissprecherin Ronja Weil macht deutlich: "Von den Ampelgesprächen erwarten wir nichts als schmutzige Deals. Für den Anschein von Klimaschutz werden Menschenrechte im Mittelmeer weiter ausgesetzt und eine gerechte Umverteilung blockiert. Eine Koalition, die auf entfesseltes Wachstum setzt, ist Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir müssen die Probleme an der Wurzel packen. Dafür brauchen wir ein Wirtschaftssystem, dem Menschenleben und unsere Lebensgrundlage wichtiger sind als Profite Einzelner. Ein System, das auf Kooperation anstelle von Konkurrenz baut."

Für den 21. Oktober um 11 Uhr lädt das Bündnis "Gerechtigkeit Jetzt!" zu einer Pressekonferenz mit Sprecher*innen des Bündnisses und einzelner Gruppen ein. Nähere Informationen folgen in Kürze.

<https://gerechtigkeitjetzt.de/>

<https://twitter.com/GerechtigkJetzt>

<https://www.instagram.com/gerechtigkeitjetzt/>

Kontakt:

presse@gerechtigkeitjetzt.de

Ronja Weil +49 163 681 17 76

Für Extinction Rebellion:

presse@extinctionrebellion.de